

„Christdemokratische Tradition“

Historiker Wolffsohn über Merkels Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau, klare Bekenntnisse und Geschichtspolitik in Zeiten des Wahlkampfes

Herr Wolffsohn, Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht am Dienstag die KZ-Gedenkstätte Dachau: Bekenntnis einer Engagierten oder Kalkül der Wahlkämpferin?

Letzteres ganz sicher nicht. Denn mit Geschichtspolitik, vor allem in Bezug auf den Nationalsozialismus, lässt sich hierzulande keine große Begeisterung hervorufen. Allerdings hat sich in den vergangenen Jahren erkennbar etwas verändert.

Und das wäre?

Es birgt offenkundig kein Risiko mehr, sogar auf dem Höhepunkt eines Wahlkampfes eine NS-Gedenkstätte zu besuchen. Insofern ist Merkels Engagement ein gleichermaßen persönliches wie gesamtgesellschaftliches Zeichen, dass sich die vergangenheitspolitische Lage weiter entspannt.

Was meinen Sie damit?

Gedenken ist ein ganz natürlicher Bestandteil des bundesdeutschen Alltags geworden und eben nicht nur inhaltloses Ritual. Auch für heutige Wähler aus dem Mitte-Rechts-Spektrum hat das nichts Abschreckendes mehr.

Wie überzeugend ist Merkels Bereitschaft, sich offensiv mit der NS-Vergangenheit auseinanderzusetzen?

Sehr überzeugend! Die Kanzlerin hat es in Sachen Geschichtspolitik – vor allem auf dem äußerst sensiblen Feld der Judenverfolgung und -ermordung – wirklich nicht leicht. Denn man muss die innerdeutsch-jüdische Perspektive mit der gesamt-jüdischen sowie der israelischen verbinden. Das ist nicht nur heikel, son-

dern ziemlich unpopulär. Mit Blick auf diese schwierigen Voraussetzungen leistet Angela Merkel Herausragendes.

Inwiefern unterscheidet sich Merkels Engagement von dem ihrer Amtsvorgänger?

Die Kanzlerin steht in der Tradition christdemokratischer Kanzler, setzt sie gleichsam fort. Und für die gilt die zwar verallgemeinernde, gleichwohl zutreffende Aussage: Das sichtbare Engage-



Foto: KaiJewe/Heinrich

Michael Wolffsohn

(66) ist Historiker. Von 1981 bis 2012 lehrte er an der Universität der Bundeswehr München als Professor für Neuere Geschichte. Das Gespräch führte Christian Böhme.

ment für die jüdische Welt und das damit einhergehende klare Bekenntnis zur historischen Verantwortung war bei ihnen stets viel stärker als bei SPD-Regierungschefs. Denken Sie nur an Helmut Kohls Besuch in Bergen-Belsen 1985. Dort hat er eine beachtliche, aber wenig beachtete Rede gehalten. Und die stand sowohl inhaltlich als auch ethisch der berühmten Rede Richard von Weizsäckers vor dem Bundestag in keiner Weise nach.

Aber tun Sie mit Ihrer Einschätzung nicht dem Bemühen einer SPD-Größe wie Willy Brandt Unrecht?

Nein. Brandt hielt es 1970 nicht einmal für nötig, Vertreter des Zentralrats der Ju-

den in Deutschland als Teilnehmer seines legendären Warschaubesuchs zu berücksichtigen. Gerhard Schröder ging sogar geradezu polternd auf Distanz zur jüdischen Welt und Israel.

Woran machen Sie das fest?

Das zeigte sich schon in seiner Zeit als Oppositionspolitiker. 1988 lehnte er es zum Beispiel ab, den 40. Jahrestag der Gründung Israels zu feiern. Als Bundeskanzler hat er den Judenstaat nur einmal besucht. Weitere Einladungen sind von ihm ostentativ ignoriert worden. Überhaupt trug seine Politik gegenüber Israel durchaus aggressive Züge.

Merkel wiederum gilt als Freundin Israels. Aber damit kann man in der Öffentlichkeit kaum punkten. Warum lässt sie sich dennoch nicht von ihrem Kurs abbringen?

Weil das für Merkel eine Frage ethischer Grundsätze und Überzeugungen ist. CDU-Kanzler haben gewaltige innen- und außenpolitische Risiken auf sich genommen, um ein intaktes Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft aufzubauen, auf nationaler wie internationaler Ebene.

An wen denken Sie konkret?

Konrad Adenauer etwa hat das Wiedergutmachungsabkommen 1952 gegen die öffentliche Meinung durchsetzen müssen. Auch in seiner eigenen Fraktion gab es erheblichen Widerstand. Helmut Kohl hatte mit ähnlichen Problemen zu kämpfen, etwa bei Waffenlieferungen für Israel. Doch Hindernisse konnten ihn nicht davon abhalten, das zu tun, was er für richtig hielt. Das Gleiche gilt für Angela Merkel.